

Redebeitrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushaltsplan 2025 in der Ratssitzung vom 5.12.2024

Der Haushaltsplan 2025 ist auch mit den in den Fachausschüssen und im VA erfolgten Veränderungen derjenige mit den größten Defiziten und der höchsten Nettoneuverschuldung in den letzten 10 Jahren.

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit liegt bei -5.980.500 € , der Saldo aus Investitionstätigkeit bei -11.575.300 € und die Nettoneuverschuldung wird mit 8.684.500 € eingeplant.

Wegen eines guten fiktiven Rücklagenbestandes und eines real guten Liquiditätsbestandes, die sich aus den positiven Jahresergebnissen der letzten sechs Jahre ergeben, werden wir das prognostizierte negative Ergebnis für das nächste Jahr und wohl auch für das übernächste Jahr ausgleichen können und sind nicht gezwungen, ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen.

Die in 2025 anwachsenden Defizite aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erfolgen nicht aufgrund sinkender Steuereinnahmen, sondern sind vor allem durch den starken Rückgang der Schlüsselzuweisungen des Landes und durch die steigenden Auszahlungen bei der Kreisumlage begründet. Gegenüber 2024 summieren sich diese Mindereinnahmen und Mehrausgaben auf zusammen 3,6 Mio €.

Ein weiterer großer Faktor für das wachsende Defizit sind die steigenden Ausgaben für die Kindertagesstätten. Gegenüber dem Jahr 2023 betragen die Mehrkosten 4 Mio €, während gleichzeitig die anteilig bezogenen Sachkostenzuschüsse des Landkreises von 49% in 2023 auf 38,8 % im Plan 2025 sinken werden.

Die negativen Auswirkungen aus dem Finanzausgleich mit dem Land und dem Kreis können wir gar nicht oder was den Kreis angeht, nur sehr bedingt beeinflussen.

Die vorgesehenen Investitionen im Haushaltsplan 2025 sind gegenüber dem ursprünglichen Entwurf in den Fachberatungen durch eine Aufteilung der Haushaltsansätze auf mehrere Jahre um 5,6 Mio € reduziert worden. Der Saldo aus Investitionstätigkeit liegt aber dennoch bei ca. -11,5 Mio €, der im Haushaltsplan über eine Kreditaufnahme abgedeckt wird.

Der größte Teil dieser Investitionen geht in den Ausbau der Schulen- und Kindergärten, in den Ausbau der Feuerwehrinfrastruktur, in die Sanierung des Bahnhofsumfeldes, in den Bau des Rechenzentrums am Rathaus und in den Ersatzneubau für die Turnhalle Schleptrup. Die Notwendigkeit dieser Investitionen ist bei allen Fraktionen des Rates unstrittig und wird auch von uns mitgetragen.

Kritisch zu betrachten ist, dass durch einen mangelhaften Versicherungsvertrag die Schadensregulierung für die Turnhalle Schleptrup zu Mindereinnahmen von ca. 5 Mio € geführt hat. Hier sind Fehler gemacht worden, die den Haushalt mittelfristig nachhaltig belasten.

Außerplanmäßige Mehrkosten sind außerdem aus den notwendigen Altlastensanierungen im Bereich der Heinrichstraße entstanden, die mit mehr als einer halben Mio. € zu Buche schlagen.

In der Gesamtschau des Haushaltsplanes 2025 liegen Einnahmen und Ausgaben aus laufender Verwaltungstätigkeit zu weit auseinander und die Investitionen übersteigen die Einnahmekraft .

Wir halten es für wichtig, dass wir uns trotz der zurzeit ungünstigen Ausgangssituation um eine mittel- und langfristige Konsolidierung der städtischen Finanzen bemühen.

Unter anderem ist es notwendig, unsere Einnahmemöglichkeiten aus den Stromerlösen der regenerativen Energieträger in Bramsche zu erhöhen. Daher ist es wichtig, die Bebauungsplanungen für das Repowering der Windparks in Balkum/Thiene und Achmer/Vinte zu beschleunigen und die Planungen für einen neuen Windpark in Ueffeln/Neuenkirchen sowie für eine neue Anlage in Ahrensfeld zu unterstützen. Auch in Kalkriese gibt trotz der Restriktionen im Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes weiterhin die Möglichkeit, den bestehenden Windpark um weitere 8 Anlagen der 7 MW- Klasse zu erweitern. Auch diese Bemühungen liegen im Interesse der Stadt – nicht nur aufgrund der Beteiligungsmöglichkeiten von Stadt und Stadtwerken, sondern auch aufgrund der Möglichkeit, dass sich Bramscher Industriebetriebe durch Direktleitungen langfristig mit günstigem grünen Industriestrom aus diesem Windpark versorgen könnten.

Um 69.000 € steigen im Haushaltsjahr 2025 die Einnahmen aus der regenerativen Stromerzeugung, weil sich die Betreiber der Windparks Achmer, Rieste und Neuenkirchen/Vörden vertraglich verpflichtet haben, nach § 6 EEG die Stadt Bramsche mit 0,2 ct pro kWh an den Stromerlösen für die Bestandswindenergieanlagen zu beteiligen.

Mittelfristig könnten die Beteiligungserlöse auf mehr als 500.000 € erhöht werden. Voraussetzung ist, dass wir das Repowering und die Neuerrichtung von Windenergieanlagen in Bramsche unterstützen und hierfür die planerischen Voraussetzungen schaffen.

Ein großes Manko im Haushaltsplan 2025 wie auch in der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2026 bis 2028 sind die vergleichsweise geringen Einnahmen aus Investitionstätigkeit.

Während wir in den Haushaltsjahren der letzten fünf Jahre durchschnittlich Einnahmen in Höhe von 5 Mio. € pro Jahr erzielt haben, gehen diese Einnahmen im Schnitt der nächsten vier Jahre auf ca. 1,9 Mio € jährlich zurück. Die Erzielung von Einnahmen im Bereich der Gewerbe- und Wohnbauentwicklung, aus der Arrondierung und Vermarktung der Gewerbeflächen und im Bereich der Sanierung des Bahnhofumfeldes muss zeitnäher erfolgen. Wohnbauflächenpotenziale in der Innenstadt und in Engter dürfen nicht über mehr als 10 Jahre als „Bodenvorräte“ zurückgehalten werden.

Bei den Ausgaben aus laufender Verwaltungstätigkeit halten wir es aufgrund des größer werdenden Defizites für angebracht, die Anzahl der Stellen im Stellenplan nicht weiter zu erhöhen. Neben den im Vorfeld bereits vorgenommenen Streichungen von zwei zusätzlichen Stellen, halten wir auch die Streichung der geplanten zusätzlichen Stelle "Stadtplanung" für angebracht.

Wir sind der Ansicht, dass wir auf den zusätzlichen Arbeitsaufwand im FB 4 haben bereits in den letzten beiden Jahren mit der Schaffung von drei neuen Stellen (Fachbereichsleitung, Gebäudemanagement und Stadtplanung) ausreichend reagiert haben. Gleichzeitig müssen wir berücksichtigen, dass die allgemeinen Planungskosten und Auftragsvergaben im FB 4 laut Haushaltsplan

im Jahr 2025 um 70.000 € steigen werden. Für eine weitere neue Stelle sehen wir daher auch wirtschaftlich keinen Spielraum.

Das Defizit aus Investitionstätigkeit im Haushaltplan 2025 sollte u.E. neben den in den Fachausschüssen bereits vorgenommenen Umschichtungen durch zwei konkrete Maßnahmen um eine weitere Mio € reduziert werden.

Wir beantragen daher, das Budget für die sogenannte „Bodenvorratspolitik“ in Höhe von 400.000 € zu streichen. Der Ansatz ist im Jahr 2023 nicht gebraucht worden und dieser Ansatz war auch im Jahr 2024 überflüssig, da der aus dieser Stelle getätigte Ankauf von Flächen in Engter auch aus Haushaltsausgaberesten für den Ankauf von Wohnbauflächen möglich gewesen wäre. Wir sehen diesen Ansatz für das Haushaltsjahr 2025 deshalb für entbehrlich an.

Wir beantragen zweitens eine Einnahmeposition von 650.000 € für den Verkauf der stadteigenen Flächen zwischen Großer Str. und Heinrichstraße zu bilden. Diese Flächen in 1a-Lage befinden sich seit 14 Jahren ungenutzt im städtischen Besitz und sollten im Rahmen einer Konzeptausschreibung für innerstädtisches Wohnen an den Markt gebracht werden – wir sind zuversichtlich, dass es aufgrund der außerordentlich guten Lage hierfür auch eine Nachfrage geben wird.

Die großen Investitionsvorhaben für die Schulen, für die Turnhalle in Schleptrup, für die Feuerwehr und für das Rechenzentrum werden von uns mitgetragen. Wir sehen aber die Notwendigkeit, das Defizit aus Investitionstätigkeit zu verringern. Unsere Anträge dazu werden allerdings von den Mehrheitsfraktionen nicht unterstützt.

Die Entwicklung beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit sehen wir kritisch. Der größte Teil des Defizits ist dabei nicht hausgemacht, sondern auf den Finanzausgleich mit Land und Kreis zurückzuführen. Dennoch sehen wir die Notwendigkeit einer stärkeren Eingrenzung im Stellenplan und die Notwendigkeit eines stärkeren Engagements im Ausbau der regenerativen Energien zur mittelfristigen Stärkung der städtischen Einnahmen.

Meine Fraktion wird sich deshalb bei der Abstimmung zum Haushaltplan 2025 enthalten.

gez. Dieter Sieksmeyer